Stellungnahme der GdP Brandenburg zu:

Gemeinsame Erklärung

der Landesregierung Brandenburg

einerseits

und

des Deutschen Beamtenbundes – Landesbund Brandenburg – (DBB) und
des Deutschen Gewerkschaftsbundes – Landesbezirk Berlin-Brandenburg (DGB)

andererseits

über Personalkosteneinsparungen im Beamten- und Richterbereich

Die Gewerkschaft der Polizei fordert nachdrücklich, hier keine gemeinsame Erklärung, sondern eine gemeinsame **Vereinbarung** zu unterzeichnen.

Pkt. 3 Gemeinsame Initiative zur Ausweitung der Teilzeitbeschäftigung

Der zweite Satz ist zu streichen. Eine unterzeichnete Vereinbarung innergewerkschaftlich umzusetzen, gehört zu den ureigensten Aufgaben einer Gewerkschaft.

Pkt. 4 Arbeitszeit

Die Landesregierung sollte nicht nur ihre Absicht bekräftigen, sondern sich dazu verpflichten. Wir gehen davon aus, dass mit Arbeitszeit der Beamten sowohl die wöchentliche wie die Lebensarbeitszeit gemeint ist.

Pkt. 6 Einwirkungspflicht

Dieser Punkt ist ersatzlos zu streichen. Aufgaben einer Gewerkschaft sind nicht in einer Vereinbarung zu definieren.